

Tagesordnung:

- 1 Geschäftsbericht 2010 der ZENTEC GmbH
- 2 Verlängerung der Kompetenznetzförderung an die ZENTEC-GmbH Großwallstadt
- 3 Beteiligung des Landkreises Miltenberg an dem Kooperationsprojekt "Landjudentum in Unterfranken"
- 4 Initiative zu einer Änderung des Regionalplans der Region 1 Bayerischer Untermain; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.04.2011
- 5 Sparmaßnahmen und Neuverkabelung im IT-Bereich
- 6 Verwendung der ÖPNV-Zuweisungen 2011
- 7 Neubau eines IKEA-Homeparks mit drei Fachmärkten für Baby- und Zoobedarf sowie für Fahrräder in der Stadt Würzburg
- 8 Die Entwicklung der Jugendhilfe im Landkreis Miltenberg mit ihren finanziellen Auswirkungen
- 9 Edition Bayern - Ausgabe "Untermain"
- 10 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Geschäftsbericht 2010 der ZENTEC GmbH

Dr. Heimann erläuterte den Geschäftsbericht 2010 der ZENTEC GmbH anhand beiliegender Präsentation.

Landrat Schwing dankte Dr. Heimann für seinen Bericht, er habe immer eine Menge hochinteressanter Dinge zu erzählen. Er bringe jedes Jahr neue tolle Ideen mit seinem Team ein. Man sei eine Region der Kooperation und dabei sei die ZENTEC GmbH ein wichtiger Erfolgsfaktor. Zahlreiche Netzwerke seien dort gegründet worden und werden dort am Leben erhalten. Viele Unternehmen haben sich dort kennengelernt. In den früheren Jahrzehnten sei dies noch nicht der Fall gewesen. Auf dem Gebiet der Forschung sei man mit den beiden Forschungseinrichtungen bestens aufgestellt, hier könne man sich noch auf viele positive Auswirkungen freuen. Ihn persönlich freue besonders die hohe stabile Auslastung des Gründerzentrums. Auch die wirtschaftlich schwierigen Jahre habe man gut überstanden. Ebenfalls sehr erfreulich sei, dass beim Projekt SANTO eine ganze Reihe an Unternehmen und auch die meisten weiterführenden Schulen aus dem Kreis dabei seien. Dies zeuge davon, dass Unternehmen und auch Schulen erkannt haben, wie wichtig dieses Thema sei.

Kreisrat Scherf dankte Dr. Heimann ebenfalls und zitierte „Tue Gutes und sprich darüber“. Er sei froh über das Thema Energiekonzept, es sei ja Wunsch des Kreistages gewesen. Er sei sich sicher, dass er am 30. Mai handfeste Ergebnisse bekomme. Ebenfalls sei er froh über das Thema Elektromobilität. Gerade hier fehle noch der „Stein des Weisen“ und vielleicht könne man als Region dazu beitragen. In Bezug auf die Infoveranstaltung fragte er an, ob er die Informationen ebenfalls an den Arbeitskreis Schule und Wirtschaft weitergeben könne, dann wäre ein breiterer Kreis erreicht.

Kreisrat Dr. Kaiser schloss sich seinem Vorredner an und dankte Dr. Heimann für den Bericht. Die Aktivitäten seien beeindruckend, hier werde wirklich hervorragende Arbeit geleistet. Die Chancen, die sich durch die beiden Forschungseinrichtungen ergeben würden, sollten auch genutzt werden. Er wünsche sich weitere Informationen über die Aktivitäten der ZEWIS. Es müsse sich noch endgültig etablieren. In Bezug auf die Elektromobilität glaube er an eine große Chance für die Region. Die großen Impulse würden sicherlich aus dem Bereich der Automobil-Zulieferer kommen. Das Eigenkapitalforum halte er ebenfalls für eine gute Sache. Vielleicht könne man den Kreis der Kapitalgeber noch etwas erweitern. Es gebe zum Beispiel auch private Fonds wie das „MIG“ (Made In Germany). Solche Institutionen seien wichtig, weil die staatlichen Kapitalgesellschaften nur CO-Investoren seien. Die Auslastung halte er ebenfalls für erfreulich.

Kreisrat Dr. Fahn dankte Dr. Heimann ebenfalls für seine Arbeit und stimmte seinen Vorrednern zu. Zum Thema Elektromobilität wies er darauf hin, dass Aschaffenburg als Region 1 mit der IHK auf einem guten Weg sei und es gute Netzwerke gebe. Er halte es für wichtig, dass die Konzepte von Dr. Heimann noch einmal verstärkt an das Wirtschaftsministerium herangetragen werden. Die sei wahrscheinlich effektiver als ein Antrag von ihm selbst. Man sei aber gut aufgestellt und dies sollte man noch stärker nach außen bringen. Weiterhin sollte die kommende Veranstaltung abgewartet werden, hier sei er sehr interessiert, auch wie sich die kommunalen Gremien mit diesem Thema beschäftigen werden. Seiner Meinung nach sollte es zu diesem Thema eine separate Kreistagssitzung geben, da es so vielschichtig sei. Weiterhin fragte er nach einer Neuauflage einer Imagebroschüre auf CD gegeben, die er in der Schule verwendet habe, diese sei gut angekommen.

Landrat Schwing wies darauf hin, die Politik sei so schnell noch nicht am Zug, erst komme die Bürgerbeteiligung nach der kommenden Veranstaltung. Es gebe verschiedene Arbeitskreise und im Herbst werden die Endergebnisse vorliegen, dann sei die Politik gefordert.

Kreisrat Andre dankte im Namen der CSU-Fraktion, auch für die lange zuverlässige Zusammenarbeit von Beginn an. Man verfolge mit großem Interesse die Aktivitäten. Er stellte fest, was Dr. Heimann angehe habe Hand und Fuß und führe meistens zu tollen Ergebnissen. Ihm sei in Bezug auf die Auslastung aufgefallen, dass man eher auf kleinere mittelständige Unternehmen abziele, er halte dies für eine gute und wichtige Sache für die Region.

Kreisrat Stappel dankte im Namen der Fraktion Neue Mitte, er bewundere die Aktivitäten der letzten Jahre. Die ZENTEC und das Gründerzentrum seien wesentliche Faktoren für die heimische Wirtschaft. Die Auslastung sei für ihn mehr als erfreulich. Er würde ihn freuen, wenn Dr. Heimann mit diesem Ideenreichtum weitermachen würde. Dies könne nur ein voller Erfolg für die heimische Region sein.

Der Kreisausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Verlängerung der Kompetenznetzförderung an die ZENTEC-GmbH Großwallstadt

Landrat Schwing erläuterte den Sachverhalt:

Für den Aufbau und Betrieb von Kompetenznetzen stellt der Landkreis Miltenberg der ZENTEC im Zeitraum 2007-2011 einen Betrag in Höhe von bislang 60.000 € jährlich bereit. Es ist über die Weiterführung und die Finanzierung zu entscheiden.

Kompetenznetze sind sehr gut geeignet, die Region Bayerischer Untermain als attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum regional und überregional zu profilieren, Wirtschaft und Wissenschaft zu verzahnen und Geschäftskontakte in der Region anzubahnen und zu stärken. Bisherige Aktivitäten waren u. a. Fachveranstaltungen, Netzwerktreffen, Kooperationsbörsen sowie Kompetenzsammlungen. Diese führten zu zahlreichen Innovationsprojekten in der Wirtschaft. Die Forschungsinitiative Ko-FAS (Kooperationsverbund Fahrzeugsicherheit) mit einem Gesamtvolumen von 25 Mio. € wurde eines der größten Projekte in Deutschland. Auch führte es zu Verbesserungen der Forschungs- und Innovationsstruktur der Region durch neue Institute (ZEWIS, Fraunhofer).

Die bisherigen Kompetenznetze „Automotive“, „Mechatronik & Automation“, „Logistik“ und „IT“ sollen beibehalten und gestrafft werden, wobei wie bislang für die Bereiche Logistik und IT die IHK Aschaffenburg die Federführung behalten soll. Neu hinzukommen werden die Bereiche „Elektromobilität“ sowie „Forst und Holz“.

Vorgeschlagen wird, den Betrag auf 80.000 € p.a. zu erhöhen. Voraussetzung ist, dass auch die Stadt und der Landkreis Aschaffenburg gleichlautende Beschlüsse fassen.

Kreisrat Dr. Schüren halte diese Erhöhung für sicherlich gerechtfertigt, auch wenn sie mit einem Drittel nicht unerheblich sei. Man habe die Arbeit von Anfang an positiv begleitet und auch mit dem Beschlussverhalten im Hause gefördert, dies werde auch in diesem Fall so sein.

Kreisrat Dr. Linduschka schloss sich Kreisrat Dr. Schüren an.

Der Kreisausschuss empfahl dem Kreistag einstimmig, folgenden

Beschluss

zu fassen:

Der Landkreis Miltenberg verlängert die finanzielle Unterstützung für die Kompetenznetze in der Region Bayerischer Untermain mit einem auf 80.000 € erhöhten Betrag ab dem 1. Januar 2012. Die Laufzeit ist zunächst auf fünf Jahre begrenzt.

Tagesordnungspunkt 3:

Beteiligung des Landkreises Miltenberg an dem Kooperationsprojekt "Landjudentum in Unterfranken"

Landrat Schwing begrüßte Frau Dr. Ries vom Bezirk Unterfranken, die folgenden Sachverhalt erläuterte:

Im Mittelpunkt des Projektes „Landjudentum in Unterfranken“ steht die Bildung eines Netzwerkes „Jüdisches Erbe in Unterfranken“. Eine Halbtagsstelle am Jüdischen Dokumentationszentrum Würzburg soll den Informationsaustausch in Unterfranken mit Hilfe des bestehenden Arbeitskreises „Landjudentum in Unterfranken“ verbessern und bestehende Landkreise – bzw. Städtepartnerschaften mit Israel unterstützen. Der Landkreis Würzburg hat sich bereit erklärt, die Projektträgerschaft zu übernehmen. Da ein Großteil der Finanzierungsmittel aus dem Förderprogramm Leader in ELER erfolgen wird, erfolgt die Abwicklung über die Lokale Aktionsgruppe Wein, Wasser, Wald.

Projektziele

Ziel ist eine Kooperation auf unterfränkischer Ebene mit Einbeziehung aller lokalen Aktionsgruppen, der Landkreise und des Bezirks Unterfranken. Hauptziel ist die Erhaltung und Präsentation des kulturellen Erbes in Unterfranken und seiner Einbindung in das Denken und Handeln gegenwärtiger und künftiger Generationen.

Projektziele sind unter anderem:

- Aufbau und Pflege eines Netzwerkes „Jüdisches Erbe in Unterfranken“ durch eine Halbtagskraft am Jüdischen Dokumentationszentrum.
- Vielfältige Präsentation des Themas für breite Bevölkerungskreise und Besucher (Wanderausstellung, Themenwege, Informationsmedien, Veranstaltungen).
- Förderung von Verantwortung, Respekt und Toleranz, Stärkung der Bürgergemeinschaft.
- Einbindung und Stärkung des Themas im Bereich Jugendaustausch und der Partnerschaftsprogramme mit Israel; Schaffung einer Plattform für Dialog und Interkulturelle Toleranz.
- Aktive Einbindung von Jugendlichen in Projektarbeiten.
- Qualifizierung zur Dokumentation.

Das Kooperationsprojekt ist für den ganzen Regierungsbezirk von Unterfranken von Bedeutung, weil es ein abgestimmtes und einheitliches Vorgehen erlaubt. Der Landkreis Würzburg beauftragt das Jüdische Dokumentationszentrum mit der Projektleitung. Die Halbtagsstelle am Jüdischen Dokumentationszentrum dient der inhaltlichen Umsetzung von Teilprojekten und ist für die Koordinierung und die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Arbeitskreise und Be-

suchergruppen finden dort Ansprechpartner. Ein aus den Projektbeteiligten und Vertretern des Arbeitskreises besetztes Leitungsteam begleitet die Einzellprojekte, lässt sich Sachstandsberichte vorlegen, unterstützt die Projektleitung und entscheidet über die Aufnahme von weiteren Kooperationspartnern. Eine Fortführung des Projektes über den Zeitraum 2013 hinaus ist gesichert, da das Jüdische Dokumentationszentrum in Würzburg und der Bezirk Unterfranken maßgeblich beteiligt sind. Auch sind dort viele ehrenamtlich tätige Bürger bei der Projektumsetzung beteiligt.

Landrat Schwing erklärte, das Gute an dem Projekt sei, dass es unterfrankenweit organisiert sei, sich damit nicht jeder Landkreis und jede Stadt allein auf den Weg machen müsse und auch die Finanzierung weitgehend gesichert erscheine. Ein Großteil allein werde durch das LEADER in ELER-Projekt finanziert. Wichtig sei, dass die Mittel aus dem Topf für den Landkreis Miltenberg hier nicht geschmälert werden, sondern aus einem überregionalen Topf stammen.

Kreisrat Dr. Linduschka erklärte, er halte jeden Cent für mehr als gerechtfertigt. Wichtig für ihn sei, das Projekt Sorge auch dafür, dass die Nationalsozialisten einen späten Sieg nicht länger besitzen, nämlich das Judentum auf die Zeit des Holocausts zu reduzieren. Dies seien immer ein Fehler und eine große Ungerechtigkeit gewesen. Dies sei eine Möglichkeit, das zu verändern. Er nannte als Beispiel eine Veranstaltung wenige Wochen zuvor in Mömlingen bezüglich Juden in Mömlingen im 18. und 19. Jahrhundert. Das Interesse sei ungeheuer groß gewesen, viele Vorteile seien abgebaut worden. Er halte dies für eine tolle Sache.

Kreisrat Dr. Schüren schloss sich an, er habe ähnliche Gedanken und fragte nach dem Finanzierungsrahmen des gesamten Projektes.

Frau Dr. Ries antwortete, die Gesamtmittel lägen bei 197.500,- €, davon 108.000,- € aus den LEADER in ELER-Fördermitteln.

Kreisrat Luxem schloss sich der Aussage von Kreisrat Dr. Linduschka an und fragte weiterhin, woher die Mittel für das Projekt kämen.

Landrat Schwing erklärte, die Mittel in Höhe von 108.000,- € kommen aus dem übergeordneten LEADER-Topf, die 3 x 2.000,- € in den nächsten drei Jahren würden bei Beschluss aus dem Haushalt des Landkreises Miltenberg kommen.

Kreisrat Luxem fragte in Bezug auf die immer wiederkehrende Problematik des Haushaltes im Allgemeinen, ob bei solchen Anträgen geprüft werde, ob es Zuschüsse oder Gelder gebe, die weniger sinnhaftig seien und nach dem Setzen von Prioritäten.

Landrat Schwing antwortete, es seien mehrfach Prüfungen durch Kreiskämmerer Straub durchgeführt worden, auch unabhängig eines Antrages. Es habe sich aber sehr schnell gezeigt, dass man hier verantwortungsvoll damit umgehe. Der Aufwand einer solchen Prüfung sei in der Regel teurer gewesen als die eventuell daraus folgenden Einsparungen, dies müsse man auch einmal bedenken.

Kreisrat Reinhard fragte nach dem Initiator des Projektes.

Dr. Ries antwortete, entstanden sei die Idee für das Projekt im Arbeitskreis Landjuden in der LAG Wein, Wasser, Wald entstanden. Die Beratung erfolgte im Rahmen von LEADER, zuständig für das Projekt sei sie selbst.

Der Kreisausschuss fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Landkreis Miltenberg beteiligt sich an dem Kooperationsprojekt „Landjudentum in Unterfranken“ mit einem finanziellen Beitrag im Jahre 2011/2012/2013 mit jeweils 2.000 Euro.

Tagesordnungspunkt 4:

Initiative zu einer Änderung des Regionalplans der Region 1 Bayerischer Untermain; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.04.2011

Verwaltungsrat Rüth erläuterte den Sachverhalt:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat am 21. April 2011 beantragt, der Kreistag möge beschließen, dass der Landkreis die Initiative zu einer Änderung des Regionalplanes der Region 1 Bayerischer Untermain ergreift mit der Zielsetzung, Vorranggebiete für Windkraftanlagen auszuweisen.

Zum Bau von Windkraftanlagen ist im Regionalplan im Teilkapitel B X 3 Windkraftanlagen folgendes ausgeführt:

„In den landschaftlich besonders sensiblen Landschaftsschutzgebieten der Naturparke Spessart und Bayer. Odenwald sollen daher keine überörtlich raumbedeutsamen Windenergieanlagen errichtet werden. In den übrigen Gebieten der Region ist die Errichtung von Windenergieanlagen im Rahmen der seit dem 01.01.1997 gültigen bauplanungsrechtlichen Privilegierung möglich. Eine darüber hinausgehende raumordnerische Einschränkung der Windenergienutzung in diesen Gebieten durch die Ausweisung entsprechender Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete ist gerade wegen des relativ großen Umfangs der Ausschlussgebiete nicht angebracht.“

In der Sitzung des Regionalen Planungsausschusses am 06. April 2011 wurde hierzu beschlossen:

„Bezüglich des Teilkapitels B X 3 wird der Regionsbeauftragte beauftragt, unter Einbeziehung der Ergebnisse des Energie- und Klimaschutzkonzeptes der Initiative Bayerischer Untermain und des neuen Windatlas Bayern einen Bericht mit einer aktuellen Bewertung der Windenergienutzung in der Region zu erstellen.“

Damit wurde die Intention des o. g. Antrages erfasst und befindet sich bereits in der Umsetzung. Der Antrag hat sich daher erledigt und wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Sobald der neue Bericht vorliegt, wird hierüber wieder berichtet werden.

Kreisrat Scherf erklärte, es habe sich um keinen „Schaufensterantrag“ gehandelt, die Idee dazu sei Anfang April entstanden. Wenn diese Sache bereits am laufen sei, sei dies natürlich gut und er freue sich sehr, dass man hier einen so breiten Konsens habe und darüber nicht mehr schreiben und diskutieren müsse. Dies sei ihm sehr viel wert. Er ergänzte, er hoffe auf möglichst große Gestaltungsfreiheit für die Kommunen ohne Willkür.

Kreisrat Reinhard fügte hinzu, das Thema komme zwangsweise geballt auf die Region zu. Er sehe es nicht so, dass dies einfach nur zustimmend zur Kenntnis genommen werden sollte,

weil das Thema sicher große Diskussionen in der Öffentlichkeit hervorrufen werde und sich viele Gemeinden bereits damit beschäftigen. Man habe hier eine große Diskussionserwartung und er gehe nicht davon aus, dass alles einvernehmlich ablaufen werde.

Landrat Schwing erklärte, mit zustimmender Kenntnisnahme sei nur gemeint gewesen, dass der Regionale Planungsausschuss bereits beschlossen habe, das Kapitel Windkraft neu zu überarbeiten. Jeder wird angehört werden und jeder könne sich dann einbringen. Sicherlich werden örtliche Konflikte auftreten, aber darum gehe es am heutigen Tage nicht. Es gehe nur darum, dass der Kreisausschuss sich damit einverstanden erkläre (und der Antragsteller selbst habe ja bereits akzeptiert), dass die Änderung des Regionalplanes auf den Weg gebracht sei.

Der Kreisausschuss fasste einstimmig den

B e s c h l u s s :

Der Antrag hat sich bereits erledigt und wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 5:

Sparmaßnahmen und Neuverkabelung im IT-Bereich

Herr Mechler, Leiter IuK-Technik, gab anhand anliegender Präsentation einen Sachstandsbericht zum Thema Sparmaßnahmen und Neuverkabelung im IT-Bereich.

Landrat Schwing dankte ihm und wies darauf hin, was für ein Potential für Energieeinsparungen überall schlummere.

Kreisrat Dr. Fahn bemerkte, in diesem Bereich halte er es für wichtig, wenn dieses Projekt auch auf die Schulen ausgedehnt werden würde, um auch hier Energie einzusparen.

Landrat Schwing wies ihn darauf hin, man könne dies überall hin ausdehnen, natürlich auch in den Schulen.

Der Kreisausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 6:

Verwendung der ÖPNV-Zuweisungen 2011

Nahverkehrsbeauftragter Betz führte folgendes aus:

Der Landkreis Miltenberg erhielt im Jahr 2010 eine ÖPNV-Zuweisung von **136.000 Euro**, wobei ein Aufwand von **204.000 Euro** von der Regierung von Unterfranken zugrunde gelegt wurde. Der tatsächliche Aufwand betrug **180.577,55 Euro**, eine Rückforderung ist somit zu erwarten, wobei diese mit den ÖPNV-Zuweisungen 2011 verrechnet wird.

Es wird davon ausgegangen, dass der Landkreis eine ähnlich hohe Zuweisung wie im letzten Jahr geplant erhalten kann, sofern ein entsprechender Aufwand geltend gemacht wird. Der Eigenanteil bleibt bei einem Drittel festgeschrieben.

Im Jahr 2011 werden folgende, teilweise festgelegte Aufwendungen im ÖPNV geplant:

1. Zentrale Aufwendungen

Die Zuschüsse für Marketingmaßnahmen sollen wie im letzten Jahr im Volumen von rund 25.000 Euro beibehalten werden.

Sachkosten werden analog zum letzten Jahr mit ca. 200 Euro angesetzt.

Die zum August 2009 eingeführte Anwendung des VAB – Tarifes auf der Buslinie 8070 Miltenberg – Würzburg, verbunden mit einer Ausfallbürgschaft von maximal 7.500 Euro p.a., wird in diesem Jahr erstmals in vollem Umfang abgerechnet.

Für zentrale Aufgaben können somit Kosten von **ca. 32.700 Euro** anfallen.

2. Maßnahmen des Landkreises im Angebot

Die Maßnahmen im Bereich des Fahrplanangebotes sind gemäß Beschluss des Kreisausschusses vom 20.10.2008 für den erweiterten Spätabendverkehr auf den Linien im Obernburger Bereich sowie für den Stadtbusverkehr Amorbach mit der Verkehrsgesellschaft mbH Untermain (VU) in einem Finanzierungsvertrag von 2009 – 2015 festgelegt. Er sieht für 2011 eine Gesamtzahlsumme von 95.000 Euro vor.

Die dauerhafte Anbindung Laudenbachs an das Stadtbussystem Miltenberg wurde bis 2015 mit abschmelzenden Zahlbeträgen vereinbart. Für das Jahr 2011 ist ein fester Zahlbetrag von 18.711 Euro vereinbart.

Der bis Dezember 2011 testweise verlängerte Abendverkehr an Freitagen im Bereich des Stadtbusses Miltenberg ist mit festen Tagespauschalen vereinbart. Es entsteht ein Zuschussbedarf von 15.216 Euro.

Für die testweise Einrichtung eines zweiten Fahrradbusses in der Relation Amorbach-Mudau-Eberbach, als Ergänzung des NaTourBusses der OREG, wird ein Zuschussbetrag von 6.947 Euro eingeplant. Der Bus wird starten am 12. Juli 2011, am 05. Juli 2011 wird eine kleine öffentliche Veranstaltung der drei Landräte geben, die sich in Amorbach zu einer Auftaktfahrt zusammenfinden werden.

Insgesamt ergäbe sich ein Zuschussaufwand für Fahrplanmaßnahmen von **135.927 Euro** im Jahr 2011.

3. Investitionsmaßnahmen

Beim Bau von Unterstellhallen an Haltestellen des öffentlichen Linienverkehrs wird den Gemeinden ergänzend zur Förderung durch die Regierung von Unterfranken eine Förderung aus den ÖPNV-Zuweisungen gewährt. Derzeit sind 1 Vorhaben aus dem Vorjahr sowie 9 neue Vorhaben gemeldet. Daraus ergäbe sich ein Zuschussvolumen von ca. 28.000 Euro.

Für die Verbesserung der Informationsausstattung an Umsteigehaltestellen sind 2.000 Euro vorgesehen.

Die Nachrüstung des barrierefreien Zustieges im ÖPNV durch die Gemeinden soll entsprechend dem Beschluss des Kreisausschusses durch eine Anteilsförderung von maximal 50% der Kosten bzw. 5.000 Euro je Haltestelle gefördert werden. Bis dato liegen zwei Anmeldungen vor, ein Betrag von 7.000 Euro wird vorgesehen.

Die Nachrüstung vorhandener Busse mit kundenfreundlichen großformatigen Vollmatrixanzeigen (analog letztes Jahr 50% Förderung, max. 3000 Euro je Fahrzeug) soll weiter vorgenommen werden. Als Förderung zur Beschaffung sind 12.000 Euro vorgesehen.

Der Gesamtaufwand für Investitionsmaßnahmen in 2011 beläuft sich daher zunächst auf **ca. 49.000 Euro**.

4. Gesamtaufwand

Der Gesamtaufwand im ÖPNV wird somit in 2011 bei ca. **217.627 Euro** liegen, von dem 75.209 Euro aus Kreismitteln aufzubringen wären.

Der Kreisausschuss fasste einstimmig den

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die vorläufige Übersicht zur Verwendung der ÖPNV-Finanzmittel in 2011 zustimmend zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, Nutzerzahlen der probeweise eingeführten Abendverkehre und Angebote für deren Fortführung einzuholen und dem Kreisausschuss vorzulegen.

Tagesordnungspunkt 7:

Neubau eines IKEA-Homeparks mit drei Fachmärkten für Baby- und Zoobedarf sowie für Fahrräder in der Stadt Würzburg

Herr Probst erläuterte den Sachverhalt:

Mit landesplanerischer Beurteilung vom 26.04.2007 bestimmte die Regierung von Unterfranken eine maximal zulässige Verkaufsfläche von 41.500 m² für ein IKEA-Einrichtungshaus und für einen Möbelmarkt („Furniture Competence Centre –FCC“) im Würzburger Stadtteil Versbach. Für diesen Bereich besteht seit dem 29.11.2007 ein rechtskräftiger Bebauungsplan.

Die Firma IKEA-Centre Grundbesitz GmbH & Cie.KG aus 65719 Hofheim-Wallau plant nun neben dem bestehenden IKEA-Einrichtungshaus (25.500 m² Verkaufsfläche) anstelle des „FCC“ einen sog. „Homepark“ mit 16.000 m² Verkaufsfläche. Dieser besteht aus 3 neuen Fachmärkten mit folgenden Verkaufsflächen: Baby-Fachmarkt (1.600 m², 50% zentrenrelevantes Sortiment), Zoo-Fachmarkt mit 3.000 m², Fahrradmarkt mit 1.700 m² (beide 100% zentren-relevantes Sortiment).

Hinzu kommt mit 9.700 m² eine (bereits in der landesplanerischen Beurteilung vom 26.04.2007 enthaltene) Verkaufsfläche für Möbel sowie eine Gastronomie auf 280 m² Fläche.

Die Umsatzerwartung für die 3 neuen Fachmärkte beläuft sich auf insgesamt ca. 9 Mio. Euro, wovon ca. 5,5 Mio. Euro auf zentrenrelevante Sortimente entfallen.

Der südöstliche Landkreis Miltenberg (Eichenbühl, Neunkirchen mit Ortsteilen, Dorfprozelten, Stadtprozelten, Altenbuch, Faulbach) zählt nach Angabe des Vorhabenträgers zur weiteren Zone III des Einzugsgebietes. Mögliche Kaufkraftabflüsse sind für diese Gemeinden vom Vorhabenträger nicht errechnet worden, da dies nur für die im Einzugsgebiet liegenden Mittelzentren erfolgte. Für das von Miltenberg aus gesehen nächstgelegene Mittelzentrum Wertheim wird vom Vorhabenträger beispielsweise ein Umsatzrückgang in den Bereichen Babybedarf mit -8 %, Zoobedarf mit -9,7 % und Fahrräder mit Zubehör von -3,4 % prognostiziert.

Für die neuen Fachmärkte für Baby- und Zoobedarf sowie für Fahrräder hat die Regierung von Unterfranken –höhere Landesplanungsbehörde- wegen dessen raumbedeutsamen

Auswirkungen ein Raumordnungsverfahren eingeleitet, wozu nunmehr der Landkreis Miltenberg um Stellungnahme gebeten wurde. Aufgabe des Landkreises ist es nun ausschließlich, zu überprüfen, ob dem Projekt Planungen bzw. Interessen des Landkreises entgegenstehen.

Bereits jetzt befinden sich Fachmärkte in den Bereichen Babybedarf, Zoobedarf und Fahrräder in umliegenden Landkreisen und Städten, so dass Kaufkraft aus dem nördlichen Landkreis Miltenberg in Richtung Aschaffenburg (z.B. „Babyone“ /Main-Park-Center Mainaschaff, „Fressnapf“ / Aschaffenburg, „Bike-Max“/Mainaschaff, „Fahrrad Stenger“ Aschaffenburg) oder in Teile des Rhein-Main-Gebietes abfließt, während Kaufkraft des südlichen Landkreises Miltenberg nach Wertheim (Sonderpostenmarkt Knüllerkiste, Zoofachgeschäft im Gewerbegebiet Reinhardshof, „Zweirad Baumann“/Innenstadt) sowie in Richtung Tauberbischofsheim und Würzburg abgezogen wird.

Durch die geplante Errichtung von drei Fachmärkten im Bereich Baby- und Zoobedarf sowie Fahrräder würde sich die Attraktivität der Stadt Würzburg in den genannten innenstadtrelevanten Warengruppen weiter erhöhen.

Der ohnehin drastische Kaufkraftabfluss aus dem Landkreis Miltenberg würde sich durch Kaufkraftabflüsse in Richtung der Stadt Würzburg weiter erhöhen, was zu einer zusätzlichen Wirtschaftsschwächung des Landkreises Miltenberg, vor allem durch Umsatzeinbußen von im Landkreis Miltenberg ansässigen Märkten der Bereiche Baby- und Zoobedarf sowie Fahrräder, führen würde. Bei den für Wertheim prognostizierten Umsatzrückgängen in den einzelnen Bereichen sind aufgrund der räumlichen Nähe Umsatzrückgänge auch für den südlichen Landkreis Miltenberg zu befürchten.

Aus den gleichen Gründen wurde bereits in der Kreisausschusssitzung vom 14.12.2006 im Rahmen des Raumordnungsverfahrens, das der landesplanerischen Beurteilung vom 26.04.2007 voranging, die Errichtung des IKEA-Einrichtungshauses und des Möbelmarktes („FFC“) an diesem Standort abgelehnt.

Auch die geplante Errichtung der drei Fachmärkte für Baby- und Zoobedarf sowie für Fahrräder in der Stadt Würzburg wird abgelehnt.

Der Kreisausschuss fasste einstimmig den

Beschluss:

Gegen den Neubau eines IKEA-Homeparks in der Stadt Würzburg werden von Seiten des Landkreises Miltenberg grundsätzliche Bedenken erhoben.

Tagesordnungspunkt 8:

Die Entwicklung der Jugendhilfe im Landkreis Miltenberg mit ihren finanziellen Auswirkungen

Jugendamtsleiter Winkler und Frau Appel, Leiterin Sachbereich 222, erläuterten anhand beiliegender Präsentation die Entwicklung der Jugendhilfe im Landkreis Miltenberg mit ihren finanziellen Auswirkungen.

Landrat Schwing dankte beiden für ihre Erläuterungen und fügte hin, es sei ein breites Spektrum, was die Jugendhilfe mittlerweile abdecke. Er wies darauf hin, dass es fast alle Hilfsmaßnahmen seien, auf die die Betroffenen in der Regel einen rechtlichen Anspruch haben. Der Landkreis könne nicht frei entscheiden. Dies sei nicht ganz so einfach, aber es

handele sich immer wieder um Kinder und Jugendliche, die natürlich auch Anspruch haben auf eine gute Zukunft und dies wolle man natürlich gewährleisten, auch wenn es manchmal schwer sei.

Kreisrat Dr. Fahn dankte für die umfangreich geleistete Arbeit. Er werde die Präsentation in seiner Fraktion besprechen, es handele sich um ein wichtiges Thema, auch weil es um Kosten gehe. Bei der Gelegenheit fragte er, wie der Ablauf im Landratsamt sei, denn es müsse doch Signale für eine Überschreitung der Ansätze geben. Dieser Bereich sei ein Fass ohne Boden. Er wisse, dass es ein Leistungsgesetz sei. Er überlege trotzdem, ob es Spielräume gebe, trotz Gesetze. Ausreißer seien z. B. die Förderung der Kinder in Tagespflege, die gemeinsame Unterbringung von Müttern und Kindern, ein weiterer Dauerbrenner seien Heim-erziehung und Eingliederungshilfe. Ziel sei ja die Beendigung von nicht sinnvollen Maßnahmen. Hier müsse man sehen, wo man Kosten sparen könne.

Landrat Schwing wies darauf hin, man könne hier nicht auf alle Details in diesem Umfang eingehen, dafür gebe es den Jugendhilfeausschuss. Er bat um Verständnis, es handele sich hier um einen fachfremden Ausschuss. Er fügte hinzu, er habe damals bei Verabschiedung des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes bereits darauf hingewiesen, dass man mindestens mit einer Verdoppelung der Kosten rechnen müsse. Damals sei er dafür kritisiert worden, heute habe man eine Vervierfachung vielen Bereichen. Die Spielräume seien im Endeffekt fast Null auf Grund der Rechtsansprüche. Wenn Mitarbeiter bereit seien, höher ins Risiko zu gehen, dann gebe es noch Spielräume – aber dieses Risiko müsse jeder einzelne Mitarbeiter, Jugendamtsleiter, Abteilungsleiter oder Landrat persönlich tragen. Dies könne man auf Dauer niemandem zumuten, denn man sei immer die schwächere Seite.

Jugendamtsleiter Winkler erläuterte, es gebe Quartalsberichte über die Entwicklung, die auf Abweichungen eingehen und Veränderungsvorschläge machen.

In Bezug auf das Pflegekinderwesen sei im Jugendhilfeausschuss klar darüber gesprochen worden, dass es drei verschiedene Möglichkeiten gebe: Entweder man mache weiter wie bisher, das heißt, man könne Kindern ein Nest geben, die langfristig einen familiären Background haben. Dies sehe man an den Verweildauern, dies mache man bereits und dies mache man gut. Man könne dies aber auch professionalisieren, dann brauche man aber eine andere Basis beim Personal, dann könne nicht mehr eine Person 50 Pflegekinder und Familien betreuen. Damit könne man ein wenig mehr an Problemsituationen abfangen. Das Problem sei nicht, Pflegeeltern zu finden, sondern diese zu unterstützen, dass sie dies auf Dauer leisten können. Geduld, Liebe und gesunder Menschenverstand reichen nicht aus, um ein Pflegekind aufzunehmen. Jedes Pflegekind habe ein traumatisches Erlebnis hinter sich, nämlich die Trennung von den leiblichen Eltern. Jedes Pflegekindverhältnis sei problematisch. Erziehungsstellen würden kostenmäßig pro Monat mit 3.300,- € aufwärts zu Buche schlagen, pädagogisch vielleicht eine Alternative, finanziell aber kein Ausweg.

Weiterhin sei man ein Jugendamt, welches von Anfang an zusätzlich Erziehungsbeistandschaft gewähre.

Zur Heimauswahl wies er darauf hin, er könne gern jedem Interessierten die Richtlinien zum Hilfeplanverfahren benennen. Es gebe immer wieder Rückmeldungen, beispielsweise von Fachhochschulen, die Praktikanten im Hause haben, dass das Jugendamt Miltenberg sehr gut organisiert sei und auf einem fachlich hohen Standard die Hilfepläne durchgeführt würden. Der beste Vertrauensbeweis sei die Urteilsbegründung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes gewesen, bei dem man wegen einem §-35a-Fall eine Verhandlung hatte, den man gewonnen hatte. Der vorsitzende Richter dort habe festgestellt, dass er noch nie so ein ausgeklügeltes Hilfeplansystem und eine entsprechende Begründung wie von Miltenberg gesehen habe.

Kreisrat Dr. Linduschka warf ein, nach den Zahlen würden wohl fast mehr als jedes 6. Mädchen und jeder 4. Junge mit einer möglichen oder wahrscheinlichen psychischen Schädigung eingeschätzt. Aus so einer Einschätzung schließe er Rechtsansprüche für Leistungen.

Diese Zahlen erscheinen im wahnwitzig hoch und daher fragte er nach der Glaubwürdigkeit.

Jugendamtsleiter Winkler erklärte, hier sei das Risiko junger Menschen dargestellt worden, im Laufe eines Jahres einer besonderen Erkrankung oder psychischen Auffälligkeit zu erliegen. Noch habe aber nicht jede psychische Auffälligkeit einen Krankheitswert. Außerdem sei es zunächst Aufgabe der Kinder- und Jugendpsychiatrie, dies zu bearbeiten und medizinisch abzuklären. Erst dann komme die Jugendhilfe, wenn es darum gehe, Wiedereingliederungshilfe zu leisten, daher der § 35a. Hier werde auch deutlich, bis zu 22,5 % der Jungen seien in diesem Bereich auffällig, aber in der Jugendhilfe selbst komme nur ein Bruchteil davon an.

Kreisrat Scherf fand diesen Bericht sehr wichtig und ergänzte, es sei klar geworden, dass das Jugendamt keine Einrichtung sei, die agieren könne, sondern vor allem reagieren müsse. Hier seien eben meistens die Hände gebunden. Weiterhin sinke die Lebenszufriedenheit. Prof. Adams habe in der letzten Jugendhilfeausschusssitzung gesagt, dass die Anzahl psychisch erkrankter Kinder in Bayern, in Deutschland, in Westeuropa, USA und Kanada signifikant gestiegen sei. Er habe dazu gesagt, dies habe nichts mit einer andern Diagnostik zu tun. Und es habe nichts mit Modekrankheiten zu tun. Man habe da einfach eine gewisse Problematik. Es gehe hier aber um die Kinder, und nicht um die Kosten. Momentan müsse sich das Jugendamt rechtfertigen, dass es Geld ausbebe. Wenn man einmal irgendwann in die Situation komme, dass etwas schiefgehe, dann müsse das Jugendamt sich rechtfertigen, ob man etwas richtig gemacht habe. Von daher habe man keinen Spielraum, gesetzlich nicht, und auch moralisch nicht. Er wies darauf hin, dass Herr Winkler den Rückhalt des größten Teils des Kreistages habe.

Landrat Schwing ergänzte, er habe den Kreistag bereits in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses ausdrücklich gelobt.

Kreisrat Stappel meldete sich zu Wort, er danke Herrn Winkler ebenfalls für die Zahlen und Fakten, die man aber fast nicht mehr in den Griff bekomme. Er halte es für wichtig, Sparmaßnahmen einzuleiten. Es sei aber auch wichtig, den Verpflichtungen gegenüber der Jugend nachzukommen. Ihn interessiere weiterhin der Ausländeranteil bei den Maßnahmen.

Jugendamtsleiter Winkler erklärte, man schaue eher nach Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Hier stelle man fest, dass es Bereiche in der Jugendhilfe gebe, wo Ausländer gut vertreten seien, aber positiv bei der Inanspruchnahme von Kindergärten. Hier finde eine Integration statt, eine Abgrenzung sei hier nicht der Fall. Bei den stationären Maßnahmen seien Kinder mit Migrationshintergrund deutlich unterrepräsentiert. Diese Hilfe brauchen deutlich mehr Familien aus unserem Kulturkreis, oft in der dritten oder vierten Generation. Die soziale Herkunft sei mitentscheidend.

Kreisrat Dr. Fahn erwähnte, das Sparen in diesem Bereich kein Tabuthema sein dürfe. Weiterhin wollte er anregen, als Teilnehmer für die Hilfekonferenzen zum Beispiel den Kreiskämmerer oder einen Juristen hinzuzuziehen.

Landrat Schwing wies darauf hin, es sei niemand im Saal, der nicht auf die Kosten achten wolle. Jeder achte auf die Kosten, aber man kenne auch seine Rechten und Pflichten. Die Umstände seien nun einmal nicht zu verändern. Aber bisher habe man gute Regelungen gefunden. Damit sollte man dies heute abschließen, damit werde man sich in Zukunft noch öfter beschäftigen, aber natürlich im zuständigen Fachausschuss.

Der Kreisausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 9:

Edition Bayern - Ausgabe "Untermain"

Verwaltungsrat Rüth gab folgendes bekannt und zeigte die anliegende Broschüre:

Bis zur Mitte des Jahres 2012 soll in der Reihe der vom Haus der Bayerischen Geschichte herausgegebenen "Edition Bayern" ein Heft zur Region "Untermain" erscheinen. Das Heft wird nach den Vorgaben des Hauses der Bayerischen Geschichte strukturiert, als örtliche Koordinatoren werden Nina und Peter Körner vom Haus der Bayerischen Geschichte eingesetzt. Die örtlichen Koordinatoren legen in Abstimmung mit dem Haus der Bayerischen Geschichte nach dem von dort für die Publikationsreihe vorgelegten Grundkonzept die Beiträge und deren Autoren fest. Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge können eingebracht und berücksichtigt werden. Die endgültige Entscheidung über die inhaltliche Struktur und die Autoren liegt beim Haus der Bayerischen Geschichte. Vorgeschlagene Themenkategorien sind Natur, Römer, Geschichte, Sehenswertes, Wirtschaft und Handwerk, Kultur, Städtebau, Bildung, Gastlichkeit, Sport, Zeittafel und ein Serviceteil.

Der Landkreis Aschaffenburg, der Landkreis Miltenberg und die Stadt Aschaffenburg haben sich am 20. Mai mit dem vorgeschlagenen Verfahren zur Herausgabe eines Heftes "Untermain" im Rahmen der Reihe Edition Bayern mit Erscheinungstermin Mitte 2012 einverstanden erklärt und beauftragen die Kongress- und Touristikbetriebe der Stadt Aschaffenburg mit der Umsetzung dieses Projektes.

Gleichzeitig verpflichten sich der Landkreis Aschaffenburg, der Landkreis Miltenberg und die Stadt Aschaffenburg jeweils zur Abnahme von 900 Heften zum Preis von 4 € (Buchhandelspreis 8 €).

Der Kreisausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 10:

Anfragen

Kreisrat Dr. Linduschka wies darauf hin, dass das Austeilen von Informationen zu den Sitzungen sich teilweise überschneide und Termine manchmal schon vergangen seien. Es handelte sich konkret um Post der vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Schriftführerin Wagner wies darauf hin, sie habe bereits vor einiger Zeit veranlasst, dass diese Post den Kreisräten direkt zugeleitet werde und nicht mehr über das Landratsamt laufe.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin